

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Libanon zwischen den Fronten – Wie kann der Friede in der Region gewonnen werden?

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 21. Juni 2007

Prof. Dr. Volker Perthes

Direktor der Stiftung Wissenschaft und
Politik (SWP), Berlin

Rami G. Khouri

Publizist, Direktor des Issam Fares
Institute for Public Policy, American
University of Beirut

Birgit Kaspar

Hörfunkjournalistin, Beirut –
Gesprächsleitung

Birgit Kaspar: Den Menschen im Libanon und in den nahöstlichen Nachbarstaaten erscheint der Frieden seit Jahren als eine Fata Morgana. Manchmal meint man, ihn am Horizont erkennen zu können, und später stellt man fest, dass es sich wieder um eine Täuschung gehandelt haben muss. Dabei ist der Wunsch der Menschen im Libanon und in der Region groß, dass dieser Frieden endlich Realität wird. Es geht vor allem darum, ein ganz normales Leben führen zu können, keine Angst davor haben zu müssen, dass Bomben fallen oder hochgehen; es geht darum, den Lebensunterhalt geregelt verdienen zu können und seine Kinder ohne Angst in die Schule schicken zu können, und dass die Kinder eine Ausbildung bekommen. Es geht darum, dass man überhaupt eine Lebensperspektive hat und die Zukunft planen kann. Das ist für die Libanesen und die meisten anderen Menschen in der Region im Augenblick leider Wunschdenken.

Der Libanon befindet sich mit Israel immer noch im Kriegszustand; es existiert lediglich eine offizielle Waffenruhe. Die libanesische Regierung hat immer wieder betont, keinen Separatfrieden mit Israel abschließen zu wollen, d.h. sie wartet darauf, bis auch die Syrer und vor allem die Palästinenser zu einem friedlichen Ausgleich mit Israel kommen.

Der Gemüsehändler in meiner Straße begrüßte mich vor Tagen mit einer Tirade der Verzweiflung: »In welchem Land leben wir eigentlich?«, fragte er, und klagte:

»Hier gibt es keinen Staat, hier gibt es viele kleine Staaten. Wir haben viele kleine Könige in diesem Land, die alle regieren wollen. Daneben haben wir noch die vielen Ausländer, die auch glauben, dass sie am besten wissen, was für den Libanon gut ist, und die glauben, dass dieses Land ihnen gehört.«

Damit ist die aktuelle Lage im Libanon auf den Punkt gebracht. Seit dem Krieg zwischen der *Hisbollah* und Israel im Sommer 2006 ist dieses kleine Land mit seinen vier Millionen Einwohnern noch tiefer gespalten, noch instabiler denn je. Zwar sichern die UN-Blauhelme der UNIFIL einerseits die Landgrenze zu Israel und andererseits die Seegrenze – wobei neben anderen Staaten auch die deutsche Marine vertreten ist. Aber innerhalb dieser Grenzen brodelt es immer mehr, und man muss wirklich Sorge haben, dass die Situation explodieren könnte.

Die vom Westen unterstützte Regierung von Ministerpräsident *Fuad Siniora* steht gegen die Opposition, die vom Iran und Syrien unterstützt wird. Die Opposition wird angeführt von der radikal-schiitischen *Hisbollah* und dem christlichen General *Michel Aoun*. Seit fünf schiitische und ein christlicher Minister die Regierung verlassen haben, ist diese kaum noch handlungsfähig. Im Augenblick haben wir eine Situation, in der die Regierung zwar noch mit internationalen Kräften kooperiert, d.h. mit westlichen Regierungen, von denen sie auch unterstützt wird. Aber im Inneren passiert eigentlich nicht mehr viel. Es läuft nur noch eine Art Krisenmanagement, bei dem die Leute spüren, dass nichts vorangeht. Beispielsweise kommt der Wiederaufbau des Landes nicht voran. Wenn das so weitergeht, wenn keine Trendumkehr im Libanon stattfindet, wird der Libanon statt zu einer Vorzeigedemokratie im Nahen Osten zu einem gescheiterten Staat wie Irak oder Somalia.

Die Libanesen haben, während sie versuchen, diese innenpolitische Situation zu verdauen, gleichzeitig Angst vor einem neuen Militärkonflikt mit Israel, der nicht ausgeschlossen werden kann. Das wurde mir erst vor kurzem wieder an einem Wochenende klar. Sonntags verbringen die Familien, Erwachsene und Kinder, ihre Zeit oft an den Stränden. Plötzlich, wie durch eine magische Hand gesteuert, packten alle ruhig und zielstrebig ihre Sachen und verschwanden. Ich erfuhr, dass sie durch Verwandte per Telefon die Nachricht erhalten hatten, dass Palästinenser zwei Raketen auf den Norden Israels abgeschossen hatten. Zunächst befürchtete man, es wäre die *Hisbollah* gewesen und es dauere nur noch kurze Zeit, bis israeli-

sche Militärflugzeuge am Himmel erscheinen würden und Bomben abwürfen. Mich fragte eine libanesische Mutter von vier Kindern verzweifelt: »Was machen wir hier? Was ist das für ein Leben? Sind die Bedingungen, unter denen wir hier leben, nicht ein Wahnsinn?«

Dieses Spannungsverhältnis zwischen innen- und außenpolitischer Krise und den Menschen, die eigentlich ein ganz normales Leben führen möchten, kennzeichnet in etwa die gegenwärtige Lebensrealität im Libanon.

Rami G. Khouri: Vieles Schreckliche beeinträchtigt aktuell den Alltag der Menschen im Libanon. Dennoch ist der Libanon zurzeit einer der interessantesten Orte im Nahen Osten, da er all die unterschiedlichen Konflikte und Spannungen, die die Region definieren, einfängt. In mancher Hinsicht ist Beirut mit Berlin zu Zeiten des Kalten Krieges vergleichbar, und zwar als ein Ort, an dem symbolisch politische Konfrontationen der neuen ideologischen Gruppierungen stattfinden, die sich in der gesamten Region gegenseitig auf politischer und militärischer Ebene bekämpfen, oft in Form von lokalen Stellvertreterkriegen.

Ein neuer, regionaler *Kalter Krieg* bestimmt den Nahen Osten, und seine Ausläufer treffen im Libanon aufeinander. Zwei Machtgruppierungen stehen sich heute in der Region konfrontativ gegenüber: Auf der einen Seite die Vereinigten Staaten mit Israel und einigen arabischen Regimen sowie dem größten Teil Europas, auf der anderen Seite die iranisch-syrische Gruppierung, die von islamistischen Bewegungen unterstützt wird. Die konkurrierenden politischen Kräfte beider Lager lassen sich nicht selten – wie in Palästina, Libanon, Somalia oder im Irak – sogar innerhalb eines Landes finden, wo sie häufig eine breite lokale Unterstützung finden.

Im Libanon überlappen sich zum einen lokale, regionale und globale Konfrontationen. Nur unter großen Schwierigkeiten stellt sich das Land im Innern auf die sich verändernden heimischen demografischen Bedingungen und die globalen ideologischen Entwicklungen ein. Der zahlenmäßige Anteil der Schiiten und Sunniten nimmt gegenüber den christlichen Maroniten weiter zu. Entsprechend müssten die Regelungen der politischen Machtverteilung angepasst werden. Dies ist die anhaltende lokale Dynamik, die den Libanon schon seit langem beherrscht. Gleichzeitig ist das Wachsen der Hisbollah zu einer starken und glaubwürdigen nicht-staatlichen Bewegung – vielleicht sogar zu der einzigen wirklich kompetenten politischen Organisation in der arabischen Welt – eine neue Herausforderung für die traditionelle Machtelite, die von den Sunniten und den Christen dominiert wird.

Die Allianz von Michel Aoun, einem führenden christlichen Politiker, mit der Hisbollah macht die Dinge noch komplexer, da traditionelle, religiös geprägte Abgrenzungen sich nach und nach mit ideologischen

vermischen. Da die Hisbollah sich immer weniger in der Lage sieht, Israel, das 2006 fast vollständig aus dem Süden des Libanon verdrängt wurde, aktiv militärisch herauszufordern, verlagert sie ihre Aufmerksamkeit und Kräfte auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen und sichert sich so ihren angemessenen Anteil im konsensorientierten Machtverteilungssystem im Libanon.

Dieser innenpolitische Machtkampf vermischt sich mit der zweiten Auseinandersetzung im Libanon, dem *Stellvertreterkrieg* zwischen Syrien-Iran, den Alliierten und Unterstützern von Hisbollah und den USA mit Israel: Der Israel-Hisbollah-Krieg im letzten Sommer war teilweise ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und dem Iran.

Der dritte Kampf im Land ist der zwischen syrischen und libanesischen Interessen, die im Zusammenhang mit dem syrischen Rückzug im Mai 2005 neu definiert wurden, als die Ermordung des ehemaligen Premiers *Rafik Hariri* einen libanesischen Volksaufstand gegen die Kontrolle des Landes durch Syrien entfachte. Viele der seither geschehenen Morde und Bombardierungen im Libanon sind Syrien zugeschrieben worden, was von Damaskus immer bestritten wurde.

Ein vierter Kampf schließlich findet zwischen der von Amerika unterstützten libanesischen Armee und Fatah al-Islam sowie anderen militanten Gruppen mit Al-Qaida-ähnlichen Ideologien und Taktiken statt. Diese Gruppen schwappten teilweise nach dem Irak-Krieg in andere Länder, denn der Irak ist ein riesiger Trainingsplatz für antiamerikanische Terroristen und militante Radikalisten geworden.

Diese vier Kampfplätze im Land sind untereinander und ebenso mit der Situation im Irak, Palästina-Libanon und Syrien eng verwoben. Die Chancen für eine echte Stabilität und ein normales Leben im Libanon stehen nicht gut, falls sich in den amerikanisch-syrisch-iranischen Beziehungen, an der syrisch-israelischen Front, in der Palästina-Frage und bezüglich der Situation im Irak keine Durchbrüche erzielen lassen.

Doch der Libanon ist nicht nur ein Schauplatz größerer ideologischer Kämpfe im Nahen Osten. Im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre haben sich im Libanon mindestens fünf deutliche, wahrscheinlich beispiellose politische Entwicklungen ereignet, die potentiell auch auf andere arabische Staaten ausstrahlen:

- *Machtvolle Demonstrationen auf den Straßen* und die starke politische Reaktion vieler libanesischer Persönlichkeiten unmittelbar nach der Ermordung Rafik Hariris im Februar 2005 erzwangen den Rückzug syrischer Truppen aus dem Libanon und sorgten so dafür, dass Damaskus seine direkte Kontrolle über interne libanesische Angelegenheiten aufgab. Die internationale diplomatische Unterstützung für die massi-

ven Demonstrationen durch den UN-Sicherheitsrat half dabei, Syrien zu vertreiben.

- Der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats, Untersuchungen zum Hariri-Mord einzuleiten, folgte die *Bildung eines internationalen Tribunals*, um die der Morde Beschuldigten vor Gericht zu bringen. Seither gab es weitere Hilfe bei der Untersuchung anderer Morde. Dieser internationale Prozess der Untersuchungen und Gerichtsverfahren, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die diese Verbrechen begangen haben, wird tief in die innenpolitischen und Sicherheitsstrukturen von eigentlich souveränen Staaten eindringen – in diesem Fall des Libanon und Syriens – und dabei von anderen arabischen Staaten genau beobachtet werden.
- Der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel im letzten Sommer führte zu einem wirklichen Unentschieden, da beide Seiten nach 34 Tagen brutaler Angriffe eine Waffenruhe vereinbarten. Die Tatsache, dass ein nichtstaatlicher Akteur wie die Hisbollah Israel gezwungen hat, ein diplomatisches Ende der Kämpfe zu akzeptieren, stärkte die Position der Hisbollah in der arabischen Welt, bestätigte die politische Haltung ihrer Alliierten und Unterstützer – Syrien und der Iran – und lieferte ein Modell des Widerstands, der effektiven Organisation, der strategischen Planung und Umsetzung, das sich schon auf andere militante Bewegungen in der Region ausweitet.
- Die Hisbollah und ihre Alliierten im Libanon gingen seit Ende 2006 auf die Straße, um die gewählte Regierung von Premier Siniora herauszufordern, und schworen, sie zu stürzen und durch eine Regierung nationaler Einheit zu ersetzen, in der die Opposition mindestens ein Drittel der Sitze im Kabinett hält. Solch eine direkte, aber friedliche *Herausforderung auf den Straßen* ist eine neue Entwicklung in der modernen arabischen Politik und stellt einen verblüffenden Präzedenzfall dar. Allerdings scheinen die Hisbollah und ihre Anhänger festzustecken, unfähig, ihre Ziele auf politischem Wege zu erreichen, und nicht willens, sich geschlagen zu geben und ihre Position zu ändern.
- Als Reaktion auf die von der Hisbollah angeführte Herausforderung der Regierungspartei haben sich Siniora und seine politischen Freunde energisch gewehrt und dabei von vielen libanesischen Stimmen und ausländischen Regierungen starken Rückhalt bekommen, besonders von den USA und aus Europa. Die arabische Welt hat selten, wenn überhaupt jemals, einen derart offenen politischen Kampf zwischen Regierung und Opposition gesehen, einschließlich des Spektakels einer legitim gewählten arabischen Regierung, die sich – unterstützt vom Westen und arabischen Ländern – einer starken inländischen islamistischen Herausforderung ausgesetzt sieht, die von Syrien und dem Iran unter-

stützt wird. Aber die Bombardierungen und Morde im Libanon nehmen kein Ende, wie der Mord an *Waleed Eido*, Mitglied der pro-westlichen und antisyrischen Regierung, und mindestens neun anderen durch Autobomben in Beirut beweist. Niemand weiß, wer hinter diesen Morden und anderen Angriffen der letzten Zeit steht. Dieser Mord war besonders besorgniserregend, da Eido das erste prominente sunnitische Mordopfer seit Rafik Hariri war. Alle anderen Politiker und Journalisten, die seither durch Bombenattentate ermordet oder verletzt wurden, waren Christen, die offen Kritik an Syrien geübt haben – ein Grund, warum viele Libanesen Syrien hinter diesen Morden vermuten.

Manche Politiker im Libanon haben sofort Syrien und seine libanesischen Alliierten der Morde an libanesischen Mitgliedern des Parlaments und Kabinettsmitgliedern beschuldigt, und zwar mit der Begründung, dies sei ein Mittel, die – mehrheitliche – Unterstützung der Regierung in der Bevölkerung zu verringern, um das Land in Spannung und Instabilität zu versetzen, damit Syrien seine Dominanz und Kontrolle im Libanon wiedergewinnen kann. Einige wenige, auf Seiten der Regierung stehende Minister und Parlamentsmitglieder haben auch den libanesischen Präsidenten *Emile Lahoud*, dessen Regierungsperiode 2004 von Syrien um weitere drei Jahre verlängert wurde, öffentlich der Mitschuld bezichtigt und ihn damit stark isoliert. Er habe, so der Vorwurf, den Plan unterstützt, die parlamentarische Mehrheit davon abzuhalten, im Oktober 2007 einen Nachfolger zu wählen. Die Abgeordneten fürchten, dass die Mordserie zur Beschlussunfähigkeit des Parlaments führen könnte und der prosyrische Lahoud versuchen werde, an der Macht zu bleiben oder eine prosyrische Gegenregierung zu derjenigen Sinioras zu bilden. Sie wiesen auch darauf hin, dass Lahoud sich weigere, die Dokumente für Nachwahlen für die zwei ermordeten Pro-Regierungs-Parlamentsmitglieder, Eido und *Pierre Gemayel*, zu unterzeichnen. Die Regierung antwortete darauf, indem sie für die Nachwahlen ein Datum Anfang August 2007 nannte.

Der Libanon ist nun an vier Fronten gleichzeitig destabilisiert: die Al-Qaida-ähnliche Gruppe *Fatah al-Islam* bekämpft die libanesisch Armee im Flüchtlingslager *Nahr al-Bared* im Norden; die Morde an zehn prominenten Personen in den vergangenen zweieinhalb Jahren, die Syrien zu verantworten habe; ein Dutzend nächtens detonierter Bomben in der Region Beirut in den letzten Monaten, die die Bewohner eher terrorisieren und beunruhigen sollten, als sie in großer Zahl zu töten; schließlich die politische Patt-Situation zwischen der Regierung und der Opposition.

Die Vereinigten Staaten unterstützen die libanesisch Regierung offen und entschlossen in ihrem Kampf an allen Fronten und stellen sich mit ihren gegen Syrien gerichteten Beschuldigungen einer angeblichen Förde-

rung der Angriffe im Libanon eindeutig hinter sie. Die Fakten bezüglich der Frage, wer hinter der Gewalt, den Morden und der politischen Unbeweglichkeit im Libanon steht, werden wegen der massiven internationalen Untersuchungen unweigerlich irgendwann ans Licht kommen. Zurzeit ist nur eins sicher: der Libanon ist zu einem brutalen Schlachtfeld geworden, auf dem sich lokale und globale Kriegsführer einen immer offeneren Kampf liefern, der keine Anzeichen von Verlangsamung zeigt. Das erschreckende neue Element sind die Kämpfe im Lager Nahr al-Bared. Hier treffen vier separate Konflikte unheilvoll zusammen und zeigen die komplexe Gewaltmatrix, von der der ganze Nahe Osten heute beherrscht ist:

- Das historische, bis in die 1960er Jahre zurückgehende Erbe der Spannungen zwischen verschiedenen libanesischen Kräften und bewaffneten palästinensischen Flüchtlingsgruppen im Land;
- die aktuellen Spannungen zwischen Syrien und dem Libanon, seitdem die syrischen Truppen den Libanon vor zwei Jahren verlassen haben;
- die regionalen ›Metastasen‹ des von den USA geführten Irakkrieges, insofern militante Islamisten in den Libanon zurückkehren, um dort Basislager aufzubauen oder die örtliche Bevölkerung aufzuwiegeln;
- und die ausgreifenden Schläge im ›globalen Krieg gegen den Terror‹ des *George W. Bush*, die die islamistischen Terrorgruppen, die Al-Qaida-ähnliche Ziele und Taktiken verfolgen, sowohl bekämpfen als auch wachsen lassen.

Die Eskalation dieser Konflikte in Form der Auseinandersetzungen bei Tripolis im Frühjahr 2007 war nicht überraschend. Die Fatah al-Islam baute ihre Einheit mehrerer Hundert schwer bewaffneter Kämpfer arabischer und auch asiatischer Herkunft im Lager Nahr al-Bared seit einem Jahr auf, während andere militante Islamisten kleinere Gruppen im Norden und Süden des Libanon formierten. Viele Libanesen beschuldigen Syrien, diese Gruppen aufzuwiegeln, um den Libanon in einem Zustand der Wirren zu halten und um die Aufmerksamkeit vom internationalen Gerichtshof abzulenken, der eingeführt wird, um die Mörder von Hariri und anderen prominenten Libanesen zu verhandeln. Syrien streitet diese Anklage immer vehement ab.

Die Situation des Libanon ist im Vergleich zu anderen arabischen Staaten der Region nicht außergewöhnlich. Dieses ist nur ein weiteres Land, das unter den Spannungen leiden muss, die sich automatisch ergeben, wenn die Regierungsgewalt und ihre Institutionen schwach und ineffizient sind und die meisten Bürger sich stattdessen ihren Religionen, Stämmen oder ethnischen Identitäten oder den Milizen zuwenden. Das Problem wird durch die Unterstützung externer Mächte noch unübersichtlicher, was noch mehr Spannungen und Misstrauen schafft.

Im Libanon steht viel auf dem Spiel. Das Land befindet sich in einem beunruhigenden Stadium der Abrechnung, und es ist nicht klar, ob sein Schicksal von Banden wütender junger Männer mit Waffen, legitimen lokalen Führern oder den Interessen fremder Mächte bestimmt wird. Hier wird der moderne arabische Staat, der in seiner Machart europäischen Mustern folgt, wieder einmal getestet, und er scheint sich dabei nicht gut zu bewähren.

Volker Perthes: Schaut man heute in den Nahen Osten, nach Libanon, Syrien, Israel und in die palästinensischen Gebiete, dann muss aus einer interessierten europäischen Sicht schnell Ernüchterung eintreten, und zwar vor allem hinsichtlich unserer Fähigkeiten, den Gang der Dinge im Nahen Osten überhaupt wirkungsvoll zu beeinflussen – und das, obwohl das europäische Engagement in der Region heute viel stärker ist als während der vergangenen Jahre.

Wir zahlen mehr Geld in die Region hinein – das ist ja das bevorzugte Mittel europäischer Politik – und wir engagieren uns auch sicherheitspolitisch in der Region. Europäische Polizisten haben in den letzten eineinhalb Jahren den einzigen funktionierenden Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten offengehalten. Deutschland hat zum ersten Mal eigene Soldaten in den Nahen Osten geschickt, nämlich Marineeinheiten, die in der UN-Truppe für den Libanon eine Rolle spielen. Der deutsche Außenminister hat versucht, seinen Einfluss geltend zu machen, indem man Syrien zu einem konstruktiveren Verhalten im Nahen Osten bewegt. Auch die Bundeskanzlerin hat durch starke politische Unterstützung versucht, die derzeitige Regierung im Libanon zu stabilisieren.

Gleichzeitig zum gestiegenen Engagement der Europäischen Union und zu den Bemühungen, das so genannte Nahost-Quartett für den Friedensprozess wieder zu beleben, scheint aber die Hoffnung zu schwinden, dass aufgrund dieser Aktivitäten Frieden und Stabilität eintreten könnten. Es ist, als ob die heutige Situation im Nahen Osten nur dazu taugte, Positionen wie von Birgit Kasper, Rami Khouri und mir zu bestätigen, die wir unabhängig voneinander und von sehr unterschiedlichen Standpunkten aus am Ende des Libanon-Krieges im Jahr 2006 vertreten haben: Wir waren uns einig darin, dass neue gewaltsame, militärische Auseinandersetzungen bevorstehen, wenn es nicht sehr bald einen politischen Prozess gibt, der allen Beteiligten – den Libanesen, den Syrern, den Israelis und den Palästinensern – eine echte Perspektive eröffnet. Es war nur nicht vorhersehbar, von wo die Auseinandersetzungen ausgehen würden: ob von Israelis gegen Palästinenser, ob von Palästinensern gegen Israelis, ob zwischen Libanesen und Israelis, Syrern und Israelis, zwischen Libanesen und Libanesen oder zwischen Palästinensern und Palästinensern. Tatsächlich

sind an mehreren dieser Frontstellungen Gewaltausbrüche zu verzeichnen, wobei weiter entfernte Akteure wie die Iraner noch unberücksichtigt sind.

Über jedes der Länder und die dortigen Akteure hinaus gilt es, drei Phänomene in den Blick zu nehmen, die charakteristisch für die Krise in der Region sind. Der Libanon ist ein wichtiger Teil der regionalen Dynamik. Er ist gewissermaßen ein kleiner ›Naher Osten‹, und insofern spiegeln diese sich dort.

Das erste Phänomen ist mit der bisherigen Methode der Konfliktlösung in den letzten Jahren verbunden: Ich nenne es das *Scheitern des Unilateralismus* im Nahen Osten. Viele Journalisten sprechen immer noch gerne vom ›Friedensprozess im Nahen Osten‹. Wir sollten uns aber klarmachen, dass es seit dem Jahr 2000 keinen Friedensprozess mehr gibt, jedenfalls nicht, wenn wir ›Friedensprozess‹ als ein Unterfangen definieren, bei dem die wesentlichen Kontrahenten *miteinander* verhandeln, anstatt nur mit anderen zu reden wie z.B. mit den Europäern, den Amerikanern oder sonstigen externen Akteuren. Im Jahre 2000 sind zuerst die Verhandlungen zwischen Israel und Syrien zusammengebrochen. Danach hat sich Israel unilateral, einseitig, ohne Verhandlungen militärisch aus dem Libanon zurückgezogen. Dann sind die Verhandlungen zwischen den Palästinensern und Israel zusammengebrochen. Seitdem hat es keine ernsthaften Verhandlungen zwischen den Hauptparteien mehr gegeben. Es hat nur eine Serie unilateraler Schritte gegeben, von denen einige durchaus konstruktiv gemeint waren, wie etwa der unilaterale Abzug Israels aus dem Libanon, fünf Jahre später der unilaterale Abzug Israels aus dem Gazastreifen oder auch die fast eineinhalbjährige unilaterale Waffenruhe der *Hamas* gegenüber Israel.

Das Problem auch mit konstruktiven Formen des Unilateralismus, wie z.B. einem einseitigen Rückzug aus besetzten Gebieten, ist in jedem Fall, dass er eine Art *Ideologie* mit produziert, nämlich die Ideologie, auf der anderen Seite keinen Partner zu haben und alles allein machen zu können bzw. zu müssen. Diese Ideologie ist gerade auf der israelischen Seite weit verbreitet: *Arafat* konnte kein Partner sein, weil er mit Terroristen konspirierte, *Mahmud Abbas* kann kein Partner sein, weil er zu schwach ist, die *Hamas* kann kein Partner sein, weil sie Islamisten sind.

Diese Ideologie, diese Haltung, ist relativ bequem – auch für den Akteur auf der anderen Seite. Denn wer weiß, dass er sowieso nicht der Partner seines Gegners sein kann, muss daher sein Verhalten nicht anpassen. Spätestens seit dem Libanon-Krieg vom Sommer 2006 und seit dem Wiederaufflammen regelmäßiger, anhaltender Konfrontation zwischen Israelis und Palästinensern ist sehr deutlich geworden, dass dieser Unilateralismus nicht trägt, auch wenn er konstruktiv gemeint ist. Letztlich können nur Verhandlungen einen ernsthaften Prozess in Bewegung setzen, und

zwar Verhandlungen mit den Gegnern, nicht mit den Freunden. Geschehen ist das bislang nicht, nicht einmal im Libanon als einem der beteiligten Staaten.



Volker Perthes im Gespräch mit Rami Khouri

Das zweite Phänomen sind extrem *schwache Regierungen und Staaten* in der gesamten Region. In Israel haben wir eine Regierung, deren Popularitätsrate bei der Bevölkerung auf dem Rekordniveau von 3% liegt. Im Libanon haben wir eine Regierung, die unter der physischen Belagerung ihrer parlamentarischen Opposition steht und dazu noch die Auseinandersetzungen mit dem Flüchtlingslager Nahr al-Bared im Norden des Libanon zu bestehen hat. Die lokale und regionale Berichterstattung über die Auseinandersetzung in Nahr al-Bared haben sehr deutlich gezeigt, wie fragil das Vertrauen in den libanesischen Staat ist. Immer wieder wurde gefragt, ob diese Auseinandersetzung zu einem neuen Bürgerkrieg dort führen kann. Ich halte es für richtig, dass die libanesische Armee in diesem Fall versucht hat, eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Wenn die libanesische Armee nicht die 200-300 Aufständischen bzw. Terroristen militärisch besiegen kann – im Moment sieht es allerdings so aus, als ob der Sieg kurz bevor steht –, dann wird der libanesische Staat an jeder Stelle herausgefordert werden, und niemand wird diesem Staat weitere Autorität beimessen. Für das palästinensische Gebiet kann derzeit von staatlicher Autorität überhaupt keine Rede sein. Die dort bestehende Regierung der nationalen Einheit hat sich gespalten und ihre Handlungsunfähigkeit selbst herbeigeführt. Der gerade aufgebaute Vor- bzw. Protostaat steht deshalb in Frage. Die stabilste Regierung in der Region scheint die syrische zu sein.

Diese Schwäche der Regierungen ist nicht so sehr eine Frage von Persönlichkeiten, also vom Vorhandensein mehr oder weniger geeigneter Politiker. Es ist vielmehr eine *Schwäche des Nationalstaates* zu konstatieren, also von Staatlichkeit schlechthin. In der Sprache der Politischen Ökonomie heißt das: Der Staat stellt nicht mehr jene öffentlichen Güter bereit, die man von ihm erwartet: Wohlfahrt, Sicherheit, Wiederaufbau, und sogar das Kriegführen, das auch eine seiner originären Funktionen ist, liegt nicht mehr in seiner Macht. Sicherheit, Wohlfahrt, Wiederaufbau nach Kriegen haben in den letzten Jahren *Nichtregierungsorganisationen* übernommen. Damit sind nicht Wohlfahrtseinrichtungen wie die Caritas gemeint, sondern nichtstaatliche Organisationen mit eigenen politischen Agenten, Milizen und Parteien. Den Wiederaufbau im Süden des Libanon organisierte nach dem letzten Krieg vor allem die Hisbollah, die diesen Krieg im Wesentlichen auch geführt hatte. In den palästinensischen Gebieten kann der Staat – ähnlich wie in vielen anderen Ländern – Wohlfahrt und Wiederaufbau kaum leisten. Dort agieren externe Akteure wie z.B. die EU und übernehmen Funktionen des Staates. Wie aber soll ein Staat Autorität haben, wenn er seine wesentlichen Funktionen nicht mehr ausüben kann?

Diese Autoritäts- und Funktionsverluste des Staates gehen einher mit der Zunahme des Phänomens des *politischen Konfessionalismus*. Das bedeutet, dass konfessionelle Identitäten politisch werden. Konfessionelle Identität für sich genommen muss sich nicht zum Schaden anderer auswirken. Aber wenn konfessionelle Identitäten politisch werden, werden Mitglieder andere Konfessionen schnell zu Feinden erklärt. Konflikte z.B. geopolitischer Art, die um die Macht in einem Staat oder um die Verteilung von Ressourcen ausgetragen werden, werden plötzlich in konfessionellen Kategorien erklärt. So entsteht z.B. das gefährliche Gerede von einer »schiitischen Achse«, die sich vom Irak über den Iran und Syrien bis in den Libanon ziehe. Bei vielen arabischen Sunniten entsteht dadurch die Wahrnehmung, dass so unterschiedliche Dinge wie die Hinrichtung von *Saddam Hussein* an einem sunnitischen Feiertag und die Belagerung der Regierung in Beirut durch die Hisbollah Teil einer großen Verschwörung der Schiiten gegen die arabischen Sunniten seien. Selbst in Palästina, wo es gar keine Schiiten gibt, wurden politische Gegner schon als Schiiten beschimpft.

Diese Politisierung der Konfessionen ist nicht nur gefährlich, weil sie den Zusammenhalt der davon betroffenen Staaten und Gesellschaften unterminiert. Gefährlich ist auch, dass externe Akteure wie die EU damit nicht mehr umgehen können. Die Europäer haben doch seit 1648 aus guten Gründen »verlernt«, mit Konfessionalismus politisch umzugehen. Heute verfügen europäische Staaten über Mittel wie Diplomatie und Entwicklungshilfe, um mit anderen Staaten politisch umgehen zu können.

So schließt die EU z.B. Assoziationsabkommen als Stabilisierungsinstrumente für schwache Staaten nur mit den staatlichen Verhandlungspartnern. Ein solches Abkommen können wir aber nicht mit der *Schia* oder der *Sunna* abschließen.

Das gilt für die ganze Region Naher Osten. Israel kann letztlich nur mit einem palästinensischen Staat Frieden machen – schon dies wäre Grund genug, die Zwei-Staaten-Lösung anzustreben –, und Israel kann nur mit Syrien Frieden schließen, nicht mit den Sunniten, den Schiiten oder der Hisbollah, der Fatah oder der Hamas.

Aus der Sicht des politischen Beraters hieße dies, dass es die wichtigste Aufgabe externer Akteure wäre, die Staaten in der Region wieder zu stärken. Dies kann auf zwei Ebenen geschehen.

Zum einen kann man die staatlichen *Institutionen* direkt stärken. Für Europäer heißt das, vor allem in den palästinensischen Gebieten und im Libanon anzusetzen. In den palästinensischen Gebieten haben die Europäer in den letzten eineinhalb Jahren nicht das getan, was von ihnen erwartet wurde, und so einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verspielt. Im Libanon haben die Europäer sich möglicherweise zu einseitig auf die politische Unterstützung der Regierung konzentriert. Auch mir ist diese Regierung sympathisch, aber es ist die Frage, ob es die Aufgabe externer Akteure sein sollte, eine politische Partei bevorzugt zu unterstützen.

Das zweite Instrument ist das der *Diplomatie*. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich bemüht, der Nahost-Diplomatie einen neuen Anstoß zu geben. Die Wiederbelebung des ›Nahost-Quartetts‹ war richtig, allerdings nicht ausreichend. Es wird weiterhin notwendig sein, dass Europäer, Amerikaner, die Vereinten Nationen und die Russen von außen versuchen, einen neuen politischen Prozess auf den Weg zu bringen, der als Ziel den Frieden zwischen Israel und allen seinen Nachbarn beschreibt – nicht nur zwischen Israel und den Palästinensern, sondern auch zwischen Israel und Syrien sowie dem Libanon. Man sollte sich nicht einreden lassen, dass der Konflikt im Nahen Osten, der im Grunde genommen ein territorialer Konflikt ist, unlösbar sei. Diejenigen, die das sagen, wollen ihn zumeist nicht lösen oder finden es zu kompliziert, es zu versuchen.

Die Befolgung dreier *Prinzipien* scheint mir essentiell, wenn wir im Sinne von »den Frieden gewinnen« über die Aktivitäten externer Akteure wie Deutschland oder die Europäer in der Region und im Libanon reden.

Das erste Prinzip: Wo immer man versucht politisch anzusetzen – ob beim nahöstlichen Friedensprozess, bei den Palästinensern oder im Libanon –, müssen alle Akteure mit einbezogen werden, die relevant und unmittelbar von einem Konflikt betroffen sind, denn wer nicht einbezogen wird, kann jeden Friedensprozess unterminieren. Das gilt für Staaten wie Syrien, aber auch für nichtstaatliche Akteure wie Hisbollah oder Hamas,

die wir nicht mögen müssen, die aber reale Faktoren der Politik sind. Wenn wir Frieden und Stabilität gewinnen wollen, kommen wir an ihnen nicht vorbei. In diesem Zusammenhang müssen wir auch einen Weg finden, um das Regime in Damaskus aus dem Käfig zu befreien, in welchen es sich selbst befördert hat. Das internationale Rafik-Hariri-Tribunal ist errichtet worden, um die Mörder des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten zu bestrafen. Doch wenn ein Staatsführer angeklagt ist – wie beispielsweise *Milošević* in Den Haag –, wird dies nicht dazu führen, dass dessen Herkunftsstaat kooperiert. Wir werden – auch wenn das nicht dem normativ zu Wünschenden entspricht – auch beim Hariri-Tribunal eine ›biblische Lösung‹ finden müssen. Politisch können wir überzeugt sein, dass die Regimespitze in Damaskus für den Mord an Hariri genauso verantwortlich war wie Herr *Gaddhafi* für die Explosion des *Pan American*-Jets über Lockerbie. Dennoch haben wir akzeptiert, dass Gaddhafi uns einen Oberstleutnant auslieferte, der in Den Haag vor Gericht gestellt und verurteilt worden ist. Aus realpolitischer Sicht war es notwendig, mit dem Staat Libyen wieder ins Geschäft zu kommen. Wahrscheinlich brauchen wir für Syrien eine ähnliche Lösung.

Das zweite Prinzip ist – und das ist für externe Akteure auch kurzfristig möglich –, zu versuchen, *Gesprächsfähigkeit* zwischen lokalen Akteuren herzustellen. Im Nahen Osten sind teils selbst verhängte Gesprächsblockaden feststellbar, die aus lang andauernden Feindschaften resultieren. Gesprächsfähigkeit herzustellen, heißt nicht nur, zwischen Syrien und Israel einen Friedensprozess auf den Weg zu bekommen, der ebenfalls Auswirkungen auf den Libanon haben würde, sondern auch zwischen *lokalen* Parteien in einzelnen Ländern. Darum ist es richtig, dass der neue französische Präsident *Sarkozy* und sein Außenminister die libanesischen Parteien nach Paris eingeladen haben. Die Schweizer haben daraufhin nach Montreux eingeladen – wir werden sehen, wohin die Libanesen lieber fahren werden. Es gibt also von Seiten der europäischen Akteure Bemühungen, einen solchen Dialog zwischen den Parteien herzustellen.

Das dritte Prinzip schließlich hat mit der Art zu tun, wie wir über die Region nachdenken und über sie diskutieren. Ich möchte an die Europäer appellieren, sich von *manichäischen Vorstellungen* vom Nahen Osten, von Bildern, die immer nur zwei Parteien sehen, freizumachen. Die alte Sichtweise machte die Analyse zwar einfacher, aber umso weniger korrekt. Der Nahe und Mittlere Osten bestehen eben nicht nur aus Sunniten oder Schiiten, aus Radikalen oder Moderaten, aus Friedensfreunden oder Friedensgegnern, aus Westlern oder Antiwestlern. Richtig ist, dass die Menschen im Nahen Osten Schiiten, Sunniten, Christen, Drusen und Juden sind. Aber sie nicht nur dies, sondern sie haben *multiple Identitäten*: Sie sind Gläubige oder weniger Gläubige, sie sind Studenten, Professoren oder

Journalisten, sie sind Arbeitslose oder Jugendliche oder Alte, Habende oder Mittellose – das alles spielt eine Rolle und nicht nur, welche konfessionelle Angehörigkeit sie haben. Sie sind in der Regel auch nicht nur Moderate oder Radikale, denn Menschen sind in der Regel radikal oder moderat immer nur unter bestimmten Bedingungen und bei bestimmten Themen. Moderat sind sie, wenn sie annehmen können, dass in Verhandlungen auch ihre eigenen legitimen Interessen in Betracht gezogen werden. Wenn sie sicher sind, dass das nicht der Fall ist, werden aus den Moderatesten sehr schnell einmal Radikale oder manchmal auch ein Terrorist.

Birgit Kaspar: Ich möchte gern an einem Punkt anknüpfen, den sowohl Rami Khouri als auch Volker Perthes angesprochen haben, nämlich die Souveränität des Libanon. Nach dem Krieg im Sommer 2006 erging die UN-Resolution 1701, die u.a. das Ziel hat, die Souveränität des Libanon zu stärken. In gewisser Weise wurde das realisiert, indem die libanesische Armee zum ersten Mal an die Grenze Israels vorgedrungen ist. Aber das Land ist im Innern sehr viel instabiler geworden, und damit ist die Souveränität vielleicht in einem stärkeren Maße gefährdet, als sie es vorher war. Zwei Parteien im Land haben etwas zu verlieren. Die Hisbollah befürchtet, dass UN-Resolutionen dazu benutzt werden, sie zu entwaffnen und ihr damit die für sie zentrale Widerstandsideologie zu rauben. Die antisyrische Siniora-Regierung befürchtet demgegenüber die Rückkehr der Syrer durch die Hintertür in den Libanon und an diesem Punkt das Ende ihrer Souveränität. Hier haben wir zwei verschiedene Souveränitätsbegriffe. Welche Möglichkeiten bestehen, dies zu überbrücken und sich gegenseitig den Grund für die Ängste zu nehmen?

Rami G. Khouri: Die Situation in der Region hat nicht nur mit Ideologie oder Religion zu tun, sondern in der Tat mit der Souveränität und der Struktur von Staaten im Nahen Osten. Was im Libanon passiert, ist eine andere Form dessen, was die Amerikaner und Engländer im Irak machen. Die angloamerikanische Attacke auf den Irak wurde nicht eindeutig von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Diese Attacke zog einen Krieg und eine Menge Probleme nach sich und erwies sich als dramatische Form westlicher bzw. internationaler Intervention in einem für bestimmte Leute problematischen Land. Was im Libanon und in Syrien zu beobachten ist, ist eine ganz ähnliche Form von westlicher und internationaler Intervention. Diese ist zwar vom Sicherheitsrat legitimiert, verfolgt aber die gleichen Ziele: in ein arabisches Land zu gehen, um dort etwas von außen zu bewirken.

Betrachtet man den Sudan, Somalia oder Algerien, so erkennt man in der gesamten Region ähnliche Traditionen von Gewalt und vergleichbare

Probleme. Es stellt sich die Frage, warum der Nahe und Mittlere Osten die letzte Region auf der Welt ist, in der diese Art von gewaltreichen, auseinanderbrechenden und undemokratischen Staaten existiert. Eine Antwort ist, dass wir dort Staaten vorfinden, die ihre eigene Bevölkerung nicht ausreichend zufrieden stellen können. Die Lösung kann daher nur darin bestehen, eine angemessene Kombination aus Souveränität und Bürgerrechten zu verwirklichen. Wir brauchen wirklich *souveräne* Staaten, die ihre eigenen Geschicke bestimmen. Und wir brauchen Staaten, deren Bürger das Gefühl haben können, dass der Staat auf ihre Bedürfnisse eingeht. Die Abwesenheit von souveränen Staaten mit Bewohnern, die sich wirklich als Bürger fühlen, sorgt dafür, dass sich die jetzigen Probleme fortsetzen und wir weiterhin Interventionen in Form von Armeen oder Resolutionen von außen haben.

Birgit Kaspar: Demnach hätten wir gut gemeinte UN-Resolutionen, die das Maß der Souveränität eigentlich steigern sollten, aber diese Mittel werden von Staaten der internationalen Gemeinschaft benutzt, um eigene Ziele durchzusetzen. Im Fall des Libanon unterminieren sie damit die Souveränität des jeweiligen Staates. Wozu taugen dann Instrumente wie UN-Resolutionen?

Volker Perthes: Rami Khouri fragte, warum im Nahen Osten so wenig souveräne Staaten existieren, und Birgit Kasper fragte, warum die dortigen politischen Akteure Angst haben. Meine Antwort darauf ist, dass dort verlässliche Institutionen fehlen. Warum veranstalten Regierungen in der Region – zum Beispiel in Ägypten – Wahlen, wenn anschließend der Oppositionskandidat verhaftet wird und fünf Jahre ins Gefängnis kommt, weil er 7,6% der Stimmen erhalten hat? Warum handeln Regierungen so? Ich glaube, sie befürchten, freie Wahlen zu verlieren und anschließend keine Chancen zu haben, als Opposition zu überleben oder in Pension zu gehen. Auch in Europa verliert niemand gern Wahlen; jeder wird bemüht sein, das mit allen Mitteln zu verhindern – manchmal auch mit politischer Manipulation. Aber letztlich haben wir es in Europa mit den Regeln verlässlicher Institutionen zu tun, die für alle politischen Akteure gelten.

Die Frage der Souveränität sehe ich nicht ganz so kritisch, weil ich keine sehr großen Erwartungen bezüglich der normativen Kraft der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates habe. Natürlich ist der Sicherheitsrat auch ein Ort, wo internationale Konflikte ausgetragen werden und wo internationale Machtgewichte ins Spiel kommen. Dies ist schließlich das Treffen der fünf stärksten Staaten dieser Welt plus zehn anderer Staaten, die für eine kurze Zeit von zwei Jahren jeweils dazugehören. Insofern geht es hier natürlich um internationale Machtpolitik. Man diskutiert und

beschließt, Konflikte politisch zu managen, um sie nicht militärisch austragen zu müssen. Große Staaten setzen sich im Sicherheitsrat auch mal über die Souveränität kleinerer Staaten hinweg. Neu daran ist, dass es den Sicherheitsrat als Gremium gibt, in dem man diskutiert *und* eine Form von



Volker Perthes und Moderatorin Birgit Kaspar

internationaler Legalität schafft, die gelegentlich auch mit Waffengewalt durchgesetzt wird, wie das Beispiel der UNIFIL-Mission im Süden des Libanon zeigt.

Ich habe keine Bedenken gegenüber der Einrichtung eines internationalen Tribunals für den Libanon durch den Sicherheitsrat. Es ist richtig, dass dies – bei einer sehr engen Lesart von staatlicher Souveränität – die Souveränität des Libanon verletzt. Aber es gibt wichtige libanesische Akteure, die die Mehrheit im Parlament haben und wollen, dass der Sicherheitsrat diese Resolution 1701 verabschiedet und ein internationales Tribunal einsetzt. Beispiele aus anderen Nachkriegsstaaten haben gezeigt, dass die Staaten überfordert wären, wenn sie solche Tribunale allein und selbstständig in ihren Ländern durchführen sollten. Von den Jugoslawen konnten wir nicht erwarten, dass sie das Jugoslawien-Tribunal in Belgrad oder einer anderen Stadt allein organisieren und durchführen: die Richter hätten viel zu viel Angst gehabt. Versucht worden ist das im Irak. Saddam Hussein ist abgeurteilt worden durch Richter aus dem eigenen Land. Aber wir haben gesehen, unter welchen Umständen dies geschah. Richtig war sicherlich, Saddam Hussein zu verurteilen. Aber es war kein Prozess, der rechtstaatlichen Kriterien entsprach, die Richter konnten nur unter massiver Bewachung der amerikanischen Armee tagen und urteilen. Insofern ist es

keine falsche Entscheidung, solche Tribunale außerhalb der Länder anzusiedeln, wie es im Falle einiger afrikanischer Staaten gehandhabt wird. Dass die Entscheidung für ein Tribunal im Libanon durch den Sicherheitsrat getroffen wurde, kann dazu führen, dass die innenpolitische Situation erleichtert wird. Die libanesischen Akteure könnten nun sagen, da die Entscheidung von außen gekommen ist, müssen wir uns darum nicht mehr streiten und können dazu übergehen, andere Entscheidungen zu treffen.

Rami G. Khouri: Die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates, ein Libanon-Tribunal zur Verurteilung der Mörder von Hariri und anderen Opfern einzurichten, wird von der libanesischen Regierung akzeptiert. Sie kann nun zur Tagesordnung übergehen und sich wichtigeren Themen widmen. Die Regierung wäre ohnehin zu schwach gewesen, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen oder ein solches Tribunal eigenständig durchzuführen. Das zeigt einmal mehr, wie fragil der libanesische Staat gegenwärtig ist. Die Einrichtung dieses Tribunals ist aber nicht entscheidend wichtig, denn diese wie auch andere Einzelfragen sind nur Teile eines strukturellen, chronischen Problems im Libanon, das größer ist als der Streit über einzelne Punkte.

Eine große Enttäuschung der zurückliegenden Jahre war die Rolle Europas bzw. die Weigerung der Europäer, ihre Rolle wahrzunehmen. Ich weiß, dass Europa – wie auch die arabische Welt – keine monolithische Einheit ist. Es gibt dort verschiedene Erfahrungen, Strömungen und Befindlichkeiten. Betrachtet man aber das moderne Europa der letzten zwei Generationen, so erschien es den meisten Menschen im Nahen Osten als ein Garant der Fairness, des Wissens, der Gerechtigkeit und des verlässlichen Handelns und Verhandlens. Dieses tradierte Bild Europas als eines fairen und aktiven Partners ist ernsthaft erschüttert. Die Mehrheit der Leute bei uns hat das Gefühl, dass sich Europa in vielen Dingen rapide dem amerikanisch-israelischen Lager anschließt.

Diese Entwicklung lässt sich z.B. am Schicksal der *Erklärung von Venedig* aus dem Jahr 1980 ablesen. Darin hatte die Europäische Gemeinschaft die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser gefordert und somit einen eigenen Standpunkt gegenüber den USA vertreten. Heute ist es so, dass sich Europa fast vollständig in dem von Amerika dominierten Nahost-Quartett neutralisiert hat. Der Unterschied zwischen der Erklärung von Venedig und der heutigen Rolle Europas ist für die Menschen im Nahen Osten gewaltig, und er wird als sehr problematisch beurteilt. Europa oder die Europäer sollten sich dessen klar werden und, bezogen auf Aktivitäten im Nahen Osten, ihre politische Unabhängigkeit wiedergewinnen.

Europa müsste zum ›Gewissen‹ des internationalen Rechts, der Gerechtigkeit und der Fairness werden, und zwar für alle Parteien: Für Israelis, für Araber, für die Türken oder für die Iraner. Ein erster Schritt dazu wäre, dass Europa geschlossen das Nahost-Quartett verlässt. Europa sollte klarstellen, dass das Quartett eine Fiktion ist, an der es nicht länger mitwirkt, um seinen guten Namen nicht weiter beschädigen zu lassen.

Volker Perthes: Auf die Frage, ob eine neue, internationale Friedenskonferenz, die auch verbindliche Beschlüsse fasst, für die Region sinnvoll wäre, möchte ich behaupten, dass es einen Zeitpunkt geben wird, an dem eine solche Konferenz gebraucht wird. Derzeit gibt es allerdings keine Chance dafür, dass diese Konferenz stattfinden kann. Eine solche internationale Konferenz muss sehr gut vorbereitet werden, denn falls sie scheitert, würde sie den Grad an Enttäuschung noch einmal potenzieren. Die Vorbereitung ist eine Aufgabe der internationalen und regionalen Akteure. Bemerkenswert ist, was Saudi-Arabien in den letzten Monaten versucht hat, sowohl in Bezug auf den Libanon als auch auf den allgemeinen arabisch-israelischen Konflikt und auf den Versuch, in Palästina eine Einheitsregierung zustande zu bringen. Saudi-Arabien muss an den internationalen Bemühungen, eine Konferenz hinzubekommen, beteiligt sein.

Im Unterschied zu Rami Khouri bin ich der Meinung, dass sich Deutschland bzw. Europa keineswegs aus dem Nahost-Quartett zurückziehen sollte; wenn überhaupt jemand, so sollten die USA austreten. Drei Parteien im Quartett versuchen, auf dem Boden des internationalen Rechts Legalität herzustellen, und sie beharren weiterhin auf der Forderung, dass die Besatzung aufhören muss. Meine Position ist, dass das Quartett auch weiterhin gebraucht wird, wenn ein Frieden im Nahen Osten erzielt werden soll. Wenn Israel Teil dieser Friedenslösung werden soll, braucht es eine internationale Kraft, die Einfluss auf das Land hat. Dies sind im Zweifelsfall eher die USA als die Europäer.

Rami Khouri irrt m.E., wenn er sagt, die Europäer hätten sich in den letzten Jahren ins amerikanische Lager begeben. Die wichtige Funktion der Europäer in den multilateralen Bemühungen um einen Friedensprozess ist, jene Kräfte in den USA und Israel zu unterstützen, die einen fairen Frieden wollen. Da gibt es nicht *das* amerikanische Lager, sondern es gibt in Amerika das richtige und das falsche Camp. Und auch in Israel gibt es das richtige und das falsche Lager. Es ist die europäische Aufgabe, die richtigen Lager zusammenzubringen.

Wenn wir über eine Lösungsformel für den Konflikt im Nahen Osten nachdenken, möchte ich dazu folgenden Vorschlag machen: Es gibt hier die drei »S« und das »I«, das sind die grundlegenden, legitimen nationalen Interessen der vier Kernbeteiligten Israel, Palästina, Syrien und Libanon,

nämlich die *Sicherheit Israels*, die *Staatlichkeit Palästinas*, die *Souveränität des Libanon* und die territoriale *Integrität Syriens*. Betrachtet man diese vier grundlegenden, nationalen Ziele der Akteure, so erkennt man, dass sie sich nicht widersprechen, sondern sich gegenseitig unterstützen. Selbstverständlich würde ein palästinensischer Staat der Sicherheit Israels dienen. Selbstverständlich würde die Souveränität des Libanon es erleichtern, dass Palästinenser und Israelis miteinander ins Geschäft kommen. Selbstverständlich würde die territoriale Integrität Syriens es leichter machen, die libanesischen Souveränität zu wahren. Der Konflikt ist also nicht unlösbar. Er kann nur unter Wahrung auch der schwierigen nationalen Interessen aller Beteiligten gelöst werden.

Rami G. Khouri: Zur Frage nach der Verantwortung für die Morde an Hariri und anderen Politikern kann ich berichten, dass auch im Libanon darüber diskutiert wird, wer davon einen Vorteil hat. Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Einig ist man sich, dass ein Resultat dieser Morde – wie auch das der Bombardierungen – darin besteht, den Libanon in einem Unruhezustand zu halten, indem die Menschen weiter leiden. Verschiedene Urheber der Morde, die damit für die anhaltende Schwäche des Libanon verantwortlich wären, sind denkbar, darunter zunächst Syrien, dann Israel (manche behaupten, mit Unterstützung der USA); ferner kommen militante, mit Al-Qaida in Verbindung stehende Gruppen in Frage, und die vierte Möglichkeit wären mafiaähnliche, kriminelle Gruppen, die u.a. mit illegalen Bankgeschäften rein kommerzielle Interessen verfolgen. Auch gibt es den Verdacht, es seien libanesischen Gruppen gewesen, denen Hariri zu stark geworden sei. Mein Eindruck ist, dass die UN-Untersuchung sehr seriös und professionell ist. Mehrere hundert Mitarbeiter ermitteln seit zwei Jahren hochprofessionell. Ich hoffe, dass die Untersuchung mit klaren Beweisen und Aussagen zu einzelnen Personen, Organisationen oder Staaten abgeschlossen werden wird. Ziel dieser Untersuchung wie auch anderer UN-Resolutionen ist es in erster Linie, die Mörder Hariris zu finden, vor Gericht zu bringen und zu verurteilen. Weiteres Ziel ist aber, das syrische Regime zu schwächen und sicherzustellen, dass es schwach bleibt, solange es sich nicht dem Westen öffnet. Dieser zweite Punkt steht natürlich nicht in der Resolution. Nach meinem Eindruck wird die Resolution auch benutzt, um an Syrien ein Exempel für andere Staaten zu statuieren. Man müsste ein Regime nicht unbedingt abschaffen, wenn es gelänge, dessen Verhalten zu ändern; ein Beispiel dafür ist *Gaddhafis* Libyen.

Über Gruppen wie *Fatah al-Islam*, nach der gefragt wurde, hört man im Libanon etwa seit dem Sommer 2005. Es wurde berichtet, dass solche Gruppen immer wieder in den Flüchtlingslagern auftreten. In einigen Fällen sind sie dort in der Bevölkerung verankert, in anderen Fällen iso-

liert. Ich würde Fatah al-Islam nicht als »radikal-islamische« Gruppen bezeichnen, sondern als radikale *militante* Gruppen, die Al-Qaida ähnlich sind. Diese Gruppen haben nichts mit dem alltäglichen Islam und dem Leben der Muslime zu tun. Ihre Mitglieder kommen aus dem gesamten Nahen und Mittleren Osten und aus Südostasien. Überraschend war, wie gut sie bewaffnet sind und mit welcher Intensität sie kämpfen. Vermutlich hat ihnen jemand mit sehr viel Macht geholfen. Das könnten ein arabischer Nachbarstaat, eine starke politische Gruppe aus dem Libanon, andere Staaten und Geheimdienste oder ähnliche, international operierende und gut organisierte militante Gruppen gewesen sein. Im Libanon gibt es viele Menschen, die den syrischen Sicherheitsdienst beschuldigen, Fatah al-Islam zu steuern. Von Syrien wird das natürlich rundheraus bestritten.

Viele Menschen in den arabischen Ländern unterstützen diese in kriminelle terroristische Aktivitäten involvierten Gruppen zwar nicht direkt. Aber es ist nur ein schmaler Grat zwischen der weit verbreiteten Unterstützung islamischer Bewegungen und der Unterstützung von Al-Qaida-ähnlichen militanten Gruppen. Angesichts einer Regierung wie im Libanon, die direkt von den USA unterstützt wird und diese militanten Gruppen bekämpft, besteht die Gefahr, dass die Menschen, die auf diesem schmalen Grat wandeln, dazu übergehen, auch militante Gruppen zu unterstützen – allein deswegen, weil die Regierung den USA nahesteht. Dieses ist genau der Punkt, wo es eine Wechselwirkung zwischen dem amerikanischen »Krieg gegen den Terror« und dem Entstehen neuer Formen terroristischer Gewalt gibt.

Die daraus zu ziehende Konsequenz wäre, keine Region und kein Land im Nahen Osten ohne wirkliche souveräne Kontrolle und Gewalt zu belassen, denn dieser Zustand war ja im Libanon eingetreten. Eine weitere Lehre wäre, der Situation der Flüchtlinge, die zum Teil länger als sechzig Jahre in diesem Zustand leben und unter die sich militante Gruppen sehr einfach mischen können, mehr Aufmerksamkeit zu widmen. So muss man befürchten, dass eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem Irak nun in umliegende Staaten geht und die dortigen Gesellschaften zu radikalieren beginnt. Das könnte der Anfang einer Entwicklung wie im Libanon sein: Millionen von Menschen, die in ihren eigenen Ländern zu Kriminellen werden, und wenn diese Menschen in ihren schwierigen Umständen allein gelassen werden, müssen wir mit schlimmen Konsequenzen rechnen.

Publikum: War der Krieg Israels gegen die Hisbollah bzw. gegen den Libanon auch eine Vorbereitung eines möglichen Angriffs gegen den Iran? Und falls dieses zutrifft: Müsste dann nicht schnellstmöglich eine internationale Friedenskonferenz initiiert werden?

Publikum: Zur Lösung des Konflikts ist eine Stärkung der beteiligten Staaten gefordert worden. Andererseits hieß es aber auch, *alle* relevanten Parteien sollten miteinander reden. Unter den relevanten Parteien sind auch nichtstaatliche, quasi private Gewaltakteure. Eine Stärkung der Staaten würde doch wohl in erster Linie die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bedeuten, d.h. die privaten Gewaltakteure müssten entwaffnet werden. Wer soll diese Akteure entwaffnen? Und wie können vor diesem Hintergrund Gespräche zwischen den Parteien aussehen? Wenn es schon in Nordirland, also mitten in Europa und unter der Herrschaft der britischen Krone, jahrzehntelang nicht gelungen ist, die IRA zu entwaffnen, wie soll so etwas dann in einer weitaus komplizierteren Situation wie im Nahen Osten gelingen? Ist das nicht zu optimistisch gedacht?

Volker Perthes: Als Politikberater muss man über Lösungen nachdenken, selbst wenn diese Lösungen nur geringe Umsetzungschancen haben. Man muss zeigen, wo es mögliche Ansätze gibt. Das Problem, alle Akteure an einen Tisch zu holen und zugleich staatliche Autorität zu entwickeln, ist auf unterschiedlichen Ebenen anzugehen. An einem Dialog im Libanon muss natürlich die Hisbollah teilnehmen, und ein Dialog in Palästina kann auf die Hamas nicht verzichten. Bei einer regionalen Friedenskonferenz müssen nicht Hisbollah und Hamas beteiligt sein, sondern die Staaten der Region. Die Gesprächsfähigkeit muss auf zwei unterschiedlichen Ebenen hergestellt werden, die nicht vermischt werden dürfen. Wenn die Hisbollah in einen souveränen libanesischen Staat integriert werden kann, wird es umso eher möglich, dass der Libanon auf regionaler Ebene sich verantwortlich mit seinen Nachbarn auseinandersetzen kann.

Der Vergleich zu Nordirland bzw. zur IRA ist durchaus treffend, obwohl man dort zehn Jahre für eine Friedenslösung brauchte. Der Oslo-Prozess begann 1993. Das zeigt: Man braucht einige Geduld für solche Vorgänge. Zehn Jahre sind nicht viel, um einen Bürgerkrieg beizulegen.

Ob eine regionale Friedenskonferenz aktuell zum richtigen Zeitpunkt käme, ist schwer zu beantworten. Ich habe mehrfach darauf gedrungen, eine solche Konferenz durchzuführen, 2000, 2001, 2002 vor dem Irak-Krieg und nach dem Scheitern der syrisch-israelischen und der syrisch-palästinensischen Verhandlungen. Damals wäre eine Friedenskonferenz richtig gewesen, denn man war sehr viel weiter, insbesondere auch zwischen Israel und seinen Nachbarn. So wie die Akteure sich heute darstellen, sehe ich keine Chance, unmittelbar eine Konferenz einzuberufen.

Ich denke nicht, dass der Krieg zwischen Israel und Libanon eine Vorbereitung auf einen Angriff auf den Iran war. Die iranische Regierung sollte sich dennoch nicht zu sicher sein, dass ein amerikanischer Schlag

gegen den Iran unter der Bush-Regierung nicht mehr möglich ist. Und es ist Aufgabe der Europäer, dieses der iranischen Regierung klarzumachen.

Rami G. Khouri: Zum Krieg zwischen Israel und Hisbollah im Sommer 2006 noch eine Anmerkung: Sowohl Israel als auch Hisbollah waren auffallend gut auf diesen Krieg vorbereitet. Die Rolle des Irans und des Westens dabei ist nicht ganz klar. Fest steht, dass für den Krieg beide Seiten bereit waren und dass beide Seiten durch den Krieg auch einen Teil ihrer Kriegsziele erreicht haben.

Was die privaten Gewaltakteure betrifft, so muss man zunächst feststellen, woher diese Gruppen kommen und was sie tun. Die Hisbollah etwa ist deshalb so mächtig, weil sie die israelische Besatzung ablehnt, weil sie die Israelis aus dem Libanon vertreibt und weil sie die Palästinenser unterstützt. Sie verkörpert eine wachsende, überregionale islamistische Identität. Sie vermittelt zugleich das Gefühl einer starken panarabischen Identität, und sie steht für die Selbstfindung der Schiiten. Außerdem ist Hisbollah ein Beispiel dafür, dass man für die Bevölkerung auf effiziente, nicht korrupte Weise etwas leisten kann. Und sie repräsentieren in der Region ein starkes Gefühl von aktiver Konfrontation gegenüber den USA. Ob man Hisbollah mag oder nicht, es wäre dumm, diese Umstände außer Acht zu lassen. Um solche privaten Gewaltakteure zu entschärfen, muss man die Situationen kennen, aus denen sie kommen und diese dann verändern.

Birgit Kaspar: Es besteht Einigkeit darüber, dass die Konfliktparteien im Libanon und im Nahen Osten miteinander reden müssen, wenn sie zu einer friedlichen Lösung kommen wollen. Einig sind wir uns darin, dass die staatlichen Institutionen im Libanon und in den anderen Staaten der Region gestärkt werden müssen, damit es Ansprechpartner auch für die westlichen Vermittler gibt. Die westlichen Staaten müssen sehr darauf achten, nicht den Dialog zu blockieren und nicht jene Institutionen zu schwächen, die eigentlich gestärkt werden sollen, indem sie eigene politische Ziele verfolgen und ihre ideologischen Muster in den Nahen Osten bringen. Wir sollten aufhören, an Symptomen zu laborieren. In der augenblicklich verfahrenen Situation im Nahen Osten bedarf es eines ganz neuen, großen und von allen Beteiligten ehrlich gemeinten Anlaufes. Dann wird Frieden auch im Nahen Osten möglich.